**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 75 (1995)
**Heft:** 7-8

**Rubrik:** Positionen

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 12.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

*Ulrich Pfister*

# Gesellschaftliche Verantwortung – nachgefragt

Der Dialog zwischen Politik und Wirtschaft ist mitunter schwierig. Das liegt nicht daran, dass ihre Repräsentanten zu wenig miteinander sprechen würden – im Gegenteil, man sieht sich oft, und viele erleben die Verflechtung selbst in den verschiedenen Rollen, die sie spielen. Die Schwierigkeiten liegen vielmehr in der Sprache. Es wird problematisch, wenn Begriffe aus dem anderen Bereich unbesehen verwendet werden, wenn etwa Politiker mit marktwirtschaftlichen Instrumenten operieren oder liberalisieren wollen, ohne auf eine staatliche Kontrolle ganz glauben verzichten zu können. So haben sich etwa in der politischen Diskussion ums Kartellgesetz Befürworter und Gegner den Begriff «Marktwirtschaft» gegenseitig um die Ohren geschlagen.

Die Wirtschaft anderseits tut sich schwer, wenn sie politisch gängige Vorstellungen auf ihr Verhalten übertragen soll. Unternehmer sehen sich mit der Forderung konfrontiert, sie hätten gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Und sie nehmen diesen Anspruch auf, in ihren Leitbildern und Selbstdarstellungen oder – um das jüngste prominente Beispiel zu zitieren – in der Auseinandersetzung der Schweizerischen Bankgesellschaft mit einem Grossaktionär, der den Standpunkt einer rigorosen Gewinnorientierung im Interesse der Aktionäre vertrat. In dieser Machtprobe liess sich die Bank wohl zu sehr auf die Gegenposition der Verantwortung gegenüber anderen Gruppen und Interessen fixieren.

Was bedeuten diese Überlegungen konkret? Es versteht sich von selbst, dass jedes Unternehmen für seine Geschäftstätigkeit Verantwortung trägt, nämlich für Erfolg und Misserfolg, und zwar primär gegenüber den Eigentümern. Betroffen sind davon ebenfalls die Mitarbeiter, allenfalls Lieferanten und Kunden, aber auch ihnen gegenüber kann der Unternehmer allein das verantworten, was wirtschaftlich notwendig und sinnvoll ist. Darüber hinaus kann man lediglich dort von Verantwortung sprechen, wo das Unternehmen Normen und anderen staatlichen Vorschriften – etwa im Umweltbereich – unterworfen ist.

Letztlich kann man Verantwortung nur dafür übernehmen, wozu man selber die Macht und die Mittel hat. Das heisst, dass bei einem Unternehmen im Prinzip nur von *wirtschaftlicher,* bei grossen Unternehmen, von welchen andere Firmen oder ganze Branchen abhängen, allenfalls noch von *volkswirtschaftlicher* Verantwortung gesprochen werden kann. Schon hier aber ist Vorsicht geboten. Oft spielen die Banken für krisengeschüttelte Firmen eine entscheidende Rolle. Bei allen kurzfristig vertretbaren Rücksichtnahmen auf Notlagen können aber nur wirtschaftlich dauerhafte Massnahmen auch der Volkswirtschaft etwas nützen.

Von *politischer* Verantwortung ist aus dem naheliegenden Grund kaum die Rede, weil hier die Machtfrage sofort spürbar wird. Trotzdem erwartet gerade das politische Milizsystem mit geradezu schizophrener Selbstverständlichkeit, dass die Wirtschaft die Kosten der direkten Demokratie in erheblichem Mass mitträgt. Dieses Verbundsystem lässt sich indes bequemer mit dem Begriff der *gesellschaftlichen* Verantwortung charakterisieren, denn damit sind gleich auch soziale, karitative und kulturelle Zwecke und Organisationen, die der Förderung bedürfen, mit eingeschlossen.

Wenn damit der Erwartung Ausdruck gegeben wird, dass «die Wirtschaft» ihren angemessenen Beitrag zum «Gemeinwohl» leisten solle, dürfte kein Widerspruch zu erwarten sein. Dass erfolgreiches wirtschaftliches Wirken auch Verpflichtungen – und seien es moralische – mit sich bringt, dass Unternehmer sich aus persönlicher Überzeugung oder aus Imageüberlegungen auch für bestimmte Zwecke engagieren, ist Bestandteil einer Kultur, die wirtschaftliches, politisches und kulturelles Leben nicht separiert, sondern ineinander greifen lässt.

Zu warnen ist jedoch vor Begriffsmonstern wie der «gesellschaftlichen Verantwortung». In einem freiheitlichen Gemeinwesen ist schon die Verantwortung für den Staat geteilt zwischen dem «Souverän» und den Behörden der verschiedenen Stufen. Und für die Gesellschaft, was immer man darunter verstehen will? Es steckt ein Stück totalitäres Denken hinter solchen unbegrenzten Ansprüchen, die so bequem umfassende Verantwortlichkeiten einfordern. Die Wirtschaft soll sich damit begnügen, die Verantwortung für ein möglichst erfolgreiches wirtschaftliches Wirken zu tragen. Damit trägt sie das ihre zum Gemeinwohl bei. Der Rest, was die staatliche und die private Gemeinschaft betrifft, soll so weit als möglich der Selbstverantwortung überlassen bleiben. ✦

*Albert A. Stahel*

# Schrankenlose Brutalität

## *Kriege in Afghanistan und in Bosnien-Herzegowina: Gemeinsamkeiten und Unterschiede*

Seit dem Zerfall der Sowjetunion haben die strategische Instabilität und die Zahl der Kriege auf dieser Welt zugenommen. Kriege sind nicht nur wieder denkbar, sondern auch führbar geworden. Gegenüber der Zeit vor 1992 sind diese Kriege durch Brutalität und Völkermord bestimmt. Obwohl sie vielfach als Bürgerkriege bezeichnet werden, entsprechen sie nur bedingt den klassischen Vorstellungen vom Bürgerkrieg. Völkermord und Völkerrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind zwei Kriege zu erwähnen: der Krieg in Afghanistan und der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Während Afghanistan heute vergessen ist – obwohl der Widerstand der Mujaheddin zum Zerfall der Sowjetunion beigetragen hat – und die Zivilbevölkerung still leidet, ist der Krieg in Bosnien-Herzegowina dank den elektronischen Medien in den Wohnzimmern Europas präsent. Gibt es Gemeinsamkeiten oder existieren Unterschiede zwischen diesen beiden Kriegen?

### Gemeinsamkeiten

Zunächst fällt auf, dass in beiden Kriegen die Artillerie unterschiedslos und ohne Rücksicht gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird. Städte wie Kabul und Mostar werden durch die Kriegsparteien zusammengeschlagen mit dem Ziel, den jeweiligen Gegner aus den Städten zu vertreiben und die Kontrolle über die Ortschaften selbst zu übernehmen. Bei der Sicherung der eigenen Stützpunkte werden Minen ohne das Zeichnen von Plänen verlegt. Diese Minen können anschliessend nur mit einem unerhörten Aufwand entschärft werden. Viele Gebiete in Afghanistan und in Bosnien-Herzegowina dürften durch Minen verseucht sein und damit auch in Zukunft unbegehbar bleiben.

Die Brutalität der Kriegführung richtet sich aber nicht nur gegen die Zivilbevölkerung – in beiden Kriegen ist es jeweils die gegnerische Ethnie –, sondern auch gegen die Gefangenen beider Seiten, die misshandelt werden. Wenn möglich werden, ohne dass die Weltöffentlichkeit dies beobachten kann, gegnerische Kombattanten abgeschlachtet. Dies trifft für Gefangene in Bosnien-Herzegowina wie auch in Afghanistan zu. So sind in Kabul verwundeten Kämpfern von *Dostam* durch Leute seines Gegners *Hekmatyar* die Hälse durchschnitten worden. Das Kriegsvölkerrecht wird täglich verletzt, und täglich werden Kriegsverbrechen begangen. Leider gibt es in beiden Kriegen nur wenige Zeugen dieser Untaten, womit auch die Anklage entfällt.

In beiden Kriegen versucht eine der Ethnien die Herrschaft im zerstörten Land an sich zu reissen und die anderen zu dominieren. Dies trifft in Bosnien-Herzegowina für die Serben, Moslems und Kroaten zu. Gleiches gilt auch in Afghanistan, wo ein Machtkampf zwischen den Tadschiken, welche die gegenwärtige Herrschaft in Kabul ausüben, und den Paschtunen, die früher Afghanistan beherrschten, ausgetragen wird.

Gemeinsam ist beiden Kriegen, dass Infrastruktur und Industrie weitgehend zerstört sind und dass in beiden Fällen die Zivilbevölkerung diese Schrecken ohne Ende ungefragt mittragen und unsägliche Leiden auf sich nehmen muss. In beiden Staaten ist ein Sieger nicht in Sicht, und beide Staaten werden in der Zukunft geteilt bleiben.

### Unterschiede

Auf den ersten Blick scheint eine Suche nach Unterschieden in diesen Brutalitäten blanker Zynismus zu sein. Leider gibt es sie. Nachdem die sowjetische Führung unter *Gorbatschow* von 1989 bis 1991 Tausende moderner Waffen und tonnenweise Munition an die kommunistische Regierung von *Najibullah* geliefert hat, ist dieses Land zu einem einzigen Waffenlager geworden. Dieses Material haben die Truppen des kommunistischen Generals Dostam im Norden, diejenigen des Tadschiken *Mahsud* – Kriegsherr der Regierung in Kabul – im Nordosten und -westen und die der paschtunischen *Taliban* im Süden übernommen. Dazu kommt noch das Material, das die USA und andere Staaten während des Krieges an die Mujaheddin geliefert haben. Im Gegensatz zu Bosnien-Herzegowina, wo nur die Serben über ein bedeutendes Arsenal verfügen, besitzen in Afghanistan alle Kriegsparteien gewaltige Arsenale.

Die verschiedenen Fraktionen in Afghanistan sind aber auch moderner ausgerüstet, als es die bosnischen Serben sind. Vor allem was die Artillerie betrifft, verfügen sie alle über die gleichen schweren Systeme, die Russland heute auch hat. Dies trifft für die Kanonenhaubitzen, für die weitreichenden Mehrfachraketenwerfer und die Boden-Boden-Rake-

ten der Typen FROG und SCUD zu. In Bosnien-Herzegowina haben die Gegner vor allem Minenwerfer. Ein Augenschein in Afghanistan führt zum Schluss, dass die afghanischen Parteien im Bereiche der Artillerie auch vielen westeuropäischen Staaten überlegen sind. Für die Boden-Boden-Raketen FROG sollen die Regierungstruppen und vermutlich auch diejenigen von Dostam neben den konventionellen auch chemische Gefechtsköpfe haben. Sollte dies zutreffen, dann könnte die Gefahr bestehen, dass die afghanischen Kriegsparteien in ihren Auseinandersetzungen diese Waffen auch einsetzen.

Ein weiterer Unterschied des Krieges in Afghanistan gegenüber demjenigen in Bosnien-Herzegowina besteht darin, dass keine Uno-Truppen für die Beobachtung und die Durchsetzung von Waffenstillständen im Lande stationiert sind. Die einzige internationale Organisation, die für ein Minimum an Menschlichkeit besorgt ist, ist das IKRK. Die Uno hat bei den Kriegsparteien auch aufgrund der gescheiterten politischen Lösungen – eine Gemeinsamkeit mit Bosnien-Herzegowina – jeden Kredit verloren. Aufgrund dieser Tatsache ist die offizielle Schweiz aufgerufen, nicht nur in Afghanistan und in Bosnien-Herzegowina, sondern auch in allen anderen Kriegen der Gegenwart ihre guten Dienste zur Verfügung zu stellen und durch eine aktive Vermittlung diesen geplagten Völkern mindestens schrittweise den Frieden näher zu bringen.

*Albert A. Stahel, geboren 1943, Dr. oec. publ. Seit 1987 Titularprofessor an der Universität Zürich. Hauptamtlicher Dozent an der Militärischen Führungsschule mit Lehr- und Forschungsschwerpunkten in Politischer Wissenschaft und Strategischen Studien. Der Autor hat vor kurzem Studienreisen nach Bosnien-Herzegowina und Afghanistan unternommen.*

*Gunnar Adler-Karlsson*

# Es lebe die Ungleichheit...

*Die Ungleichheit ist eine Tatsache des menschlichen Lebens. Ist es nicht an der Zeit, den meistgepriesenen und missverständlichsten aller westlichen Werte, jenen, der gestern dem Sowjetkommunismus Nahrung gab und der heute die «politische Korrektheit» ernährt, einer scharfen Kritik zu unterziehen: den Wert der Gleichheit?*

Die Klage über die Ungleichheit ist allgegenwärtig: was Amerika anbelangt, siehe *Tocqueville,* was den Kapitalismus betrifft, siehe *Marx.* Der Mensch scheint unfähig zu sein, die Ungleichheit konsequent und nachhaltig zu verändern. Ein Blick auf die USA, ein Blick auf Grossbritannien, ein Blick auf das übrige Europa, auch auf mein eigenes Land Schweden, genügt, um festzustellen: Ungleichheit ist eine Tatsache; sie scheint in den letzten zehn oder zwanzig Jahren sogar zugenommen zu haben. *Maurice Allais* hat uns die Daten seit dem antiken Griechenland aufgelistet und darauf hingewiesen, dass *Sokrates, Jesus, Wilhelm der Eroberer, Benjamin Franklin* und General *de Gaulle* alle in Gesellschaften mit dem ungefähr gleichen Ausmass an Ungleichheit lebten.

Das unglücklichste gesellschaftliche Experiment des Jahrhunderts war ein Versuch, Gleichheit zu schaffen. Wir wissen, wie es endete. Heute herrscht in Russland und China wieder die krasseste Ungleichheit.

Das laute und politisch wirksame Gejammer über die Ungleichheit dauert jedoch an. Es kann uns weiteren politischen Katastrophen zuführen.

In Anbetracht der Tatsache, dass sich die Menschheit voraussichtlich innerhalb der nächsten zwei Generationen verdoppeln wird, drängen sich drei Fragen auf:

*Erstens:* Kennen wir ausser der westlichen, ungleichen, gemischten kapitalistischen Demokratie irgendein politisches oder ökonomisches System, das möglicherweise in der Lage wäre, doppelt soviel wie heute zu produzieren, dies auf einem ökologisch bereits geschädigten Planeten?

*Zweitens:* Ist die Antwort, wie ich vermute, Nein, müssen wir dann nicht gezwungenermassen die Un-

gleichheit als eine notwendige Tatsache des Lebens anerkennen, als unumgängliches Anreizsystem, wenn wir die weltweite Produktion verdoppeln wollen?

Können wir die realistische Hoffnung hegen, dieses Anreizsystem in den nächsten zwei Generationen in ein «egalitäres» zu verwandeln? Wenn nicht, warum beklagen wir, was nicht zu ändern ist?

*Drittens:* Vielleicht sollten wir die Ungleichheit nicht nur akzeptieren, sondern vielmehr positiv hervorheben. Warum haben wir denn überhaupt Ungleichheit?

Ein Grund besteht wohl darin, dass die Reichen den Reichtum gerne ansammeln. Reichtum ist ihr Zuckerbrot. Wir haben Ungleichheit, um die Reichen zu veranlassen, ihren Reichtum so zu investieren, dass immer mehr Güter und Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden können. Die Erfahrung mit Bürokraten, die in öffentlichen Ämtern grosse Kapitalien verwalten, ist wenig überzeugend.

Wenn wir zurückblicken, so ist es die Ungleichheit, welche in unserem Jahrhundert weiteren vier Milliarden Menschen das Leben ermöglicht hat.

Wenn wir vorwärts blicken, so ist es die Ungleichheit, die während der nächsten zwei Generationen Existenzmöglichkeiten für weitere fünf Milliarden Menschen schaffen kann. Ohne Ungleichheit wären jene, die jetzt in allen Gesellschaften der Welt zuunterst sind, möglicherweise gar nie geboren worden oder wären kurz nach der Geburt gestorben. Ohne Ungleichheit gibt es kaum realistische Chancen, Arbeitsplätze und Güter zu schaffen, um weiteren fünf Millionen Männern und Frauen das Leben überhaupt zu ermöglichen.

Deshalb könnte es an der Zeit sein, endlich auf die positiven Aspekte der Ungleichheit hinzuweisen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Ungleichheit zwangsläufig dazu führen muss, die Reichen noch reicher zu machen. Vielmehr soll Ungleichheit die wichtigste Voraussetzung dafür sein, den schwächsten unserer Mitmenschen ein annehmbares Leben zu ermöglichen. Deshalb verdient sie tatsächlich, lobend hervorgehoben zu werden. Dies den Menschen verständlich zu machen, ist eine wichtige erzieherische Herausforderung!

Wie könnte dieser Gedanke in einen neuen «Gesellschaftsvertrag» eingebaut werden?

Der kapitalistische freie Markt wird zwangsläufig stets Ungleichheit hervorbringen, und zwar unter anderem deshalb, weil die Menschen nicht gleich geschaffen sind.

Da keine anständige Gesellschaft ihre schwächsten Teilnehmer vor Hunger oder aus Not sterben lassen kann, sollte ein minimaler Lebensstandard gewährleistet werden, unter den kein Bürger Europas fallen dürfte. Dies könnte möglicherweise in Form eines Bürgereinkommens für alle garantiert werden, jedoch – um Schwarz- und Trittbrettfahren zu verhindern – kombiniert mit irgendeiner Pflichtleistung, mit der man sich dafür qualifizieren muss. Um die Schwächsten zu schützen, sollten wir auf einem minimalen Standard wenigstens eine gewisse Gleichheit in der Sicherheit gewährleisten. Wenn diese Sicherheit einmal geschaffen ist, sollte die Freiheit maximiert werden, damit die Reichen und Starken die Möglichkeit haben, noch dynamischer und noch reicher zu werden. Denn dies ist höchstwahrscheinlich der beste Weg, um jene Millionen neuer Nischen und Ideen zu erzeugen, die wir brauchen, um auf diesem Planeten Arbeitsmöglichkeiten und Güter für weitere fünf Milliarden Mitmenschen bereitstellen zu können. Wenn wir die bereits existierenden Schwächsten schützen wollen, können wir auf dieser gleichen Grundlage eine neue Sicherheit schaffen.

Für die zu erwartenden fünf Milliarden ist eine Maximierung der Freiheit und damit auch der Ungleichheit der beste Weg, um die benötigte innovative Aktivität zu stimulieren.

Zusammenfassend: Ist es nicht an der Zeit, die Ungleichheit als den weitaus besten Weg anzuerkennen und positiv hervorzuheben, um die schwächsten Mitglieder sowohl der europäischen als auch der globalen Gemeinschaft zu schützen? ✦

*Gunnar Adler-Karlsson, 1933 in Schweden geboren, studierte Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaft mit Abschluss als Dr. iur. (1962) und Dr. oec. (1968). 1962–1968 war er engster Mitarbeiter von Gunnar Myrdal in Stockholm; 1974–1988 ordentlicher Professor für Sozialwissenschaften an der Universität Roskilde, Dänemark. Seit 1988 lebt er als Privatgelehrter auf Capri und organisiert an seinem «Institute for International Social Philosophy» internationale Seminare. Wichtigste Publikationen: «Funktionaler Sozialismus», Frankfurt am Main 1967; «Der Fehlschlag», Wien 1970; «The Political Economy of East West-South Cooperation», Wien 1976; «Der Kampf gegen die absolute Armut» 1978; «Adrenalin-gestresste Männer», 1985 und «Lehrbuch für die 90er Jahre», 1990 (in schwedischer Sprache).*

*Übersetzung dieses Beitrags aus dem Englischen: Beatrice Bissoli, Zürich.*

SPLITTER

*Der beste aller Wege, alle arm zu machen, ist das Beharren auf der Forderung nach Gleichheit der Vermögen.*

*Napoleon I. (zu Gaspard Gourgaud, St. Helena, 29. Januar 1817)*